

Ein Brief der Weltjudenschaft

<https://thelondoninitiative.org/a-letter-from-world-jewry/>

7. August 2025

Premierminister Benjamin Netanjahu
3 Kaplan St.
Jerusalem

Sehr geehrter Herr Premierminister

wir sind Mitglieder jüdischer Gemeinden auf der ganzen Welt, die den Staat Israel als nationale Heimat des jüdischen Volkes leidenschaftlich unterstützen. Unsere Solidarität gilt stets Israel und den Bürgern Israels, mehr denn je seit der barbarischen Attacke der Hamas am 7. Oktober.

Wir machen uns keine Illusionen über die Handlungen und Absichten der Hamas, anderer extremistischer Kräfte und der Staaten, die sie unterstützen, und wir erkennen die schmerzlichen Dilemmata an, mit denen jede israelische Regierung bei der Bewältigung dieser Bedrohungen konfrontiert ist. Dennoch können wir uns der Tatsache nicht verschließen, dass die Politik und Rhetorik der von Ihnen geführten Regierung Israel, seinem Ansehen in der Welt und den Aussichten auf einen sicheren Frieden für alle Israelis und Palästinenserinnen und Palästinenser nachhaltig schaden. Dies hat schwerwiegende Folgen für Israel, aber auch für das Wohlergehen, die Sicherheit und die Einheit der jüdischen Gemeinden auf der ganzen Welt.

Wir fordern Sie daher auf:

1. Stellen Sie die Versorgung der Bevölkerung im Gazastreifen mit Lebensmitteln und humanitärer Hilfe dauerhaft wieder her. Die Behinderung der Hilfe, als Sie im März die Entscheidung trafen, die Kämpfe wieder aufzunehmen, war ein moralisches und strategisches Desaster. Nicht der Protest gegen diese Politik und ihre Folgen verschafft der Hamas einen Propagandaerfolg, sondern die Politik selbst. Wir leugnen nicht die verabscheuungswürdige Rolle der Hamas beim Diebstahl von Hilfsgütern und der Verhinderung ihrer Verteilung, aber wir können auch nicht die Beweise vor unseren Augen und Ohren leugnen, was das Ausmaß des menschlichen Leids und die Rolle der Politik Ihrer Regierung dabei angeht. Wie Präsident Trump kürzlich über die Hungersnot in Gaza sagte: „Das kann man nicht vortäuschen.“
2. Beenden Sie den Krieg. Bringen Sie die Geiseln in einem einzigen Abkommen nach Hause und machen Sie ihre Freilassung zur Priorität. Angesichts der unmenschlichen Bedingungen, unter denen die Geiseln leiden, und der Grausamkeit ihrer Entführer von der Hamas kann die Dringlichkeit nicht genug betont werden. Die Verhandlungen mit einer verkommenen Terrororganisation sind natürlich komplex und schwierig. Aber jede Gelegenheit zur Freilassung aller Geiseln muss genutzt und hat Vorrang vor der Beschwichtigung extremistischer Mitglieder Ihrer Koalition. Versichern Sie auch, dass Israel nicht versuchen wird, Gaza neu zu besiedeln oder unter irgendeinem Vorwand eine Politik der Vertreibung palästinensischer Zivilisten zu verfolgen oder zu befürworten.
3. Setzen Sie das Gesetz im Westjordanland durch, wo die Häufigkeit und Intensität tödlicher Gewalt durch jüdische Extremisten beispiellos ist. Wenn das israelische Militär auf Ihren mutigen Befehl hin eine Rakete mit unfehlbarer Genauigkeit durch ein Fenster in Teheran schießen kann, um einen iranischen General zu töten, dann ist es sicherlich in der Lage, die Ordnung im Westjordanland aufrechtzuerhalten, jüdische extremistische Gewalt zu verhindern, palästinensische Zivilisten zu schützen und das Gesetz

durchzusetzen. Dass es dies nicht tut, deutet auf einen Mangel an Willen hin. Wir fordern Sie daher dringend auf, Angriffe von Siedlern und ihren Anhängern zu verhindern und die Festnahme und strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen sicherzustellen.

4. Verpflichten Sie sich, dass weder Sie noch Mitglieder Ihrer Regierung jemals wieder eine Politik der Aushungerung oder Vertreibung als Kriegsmittel befürworten werden. Mitglieder Ihrer Regierung haben sich ohne Kritik rassistischer, hasserfüllter und aufwieglerischer Sprache bedient. So prahlte beispielsweise Kulturminister Amichai Eliyahu kürzlich, dass „die Regierung darauf hinarbeitet, Gaza auszulöschen ... Gott sei Dank löschen wir dieses Übel aus ... Ganz Gaza wird jüdisch sein.“ Solche Äußerungen sind moralisch verwerflich und ein *Chilul Hashem* – eine Entweihung jüdischer Werte und der Gründungsprinzipien Israels. Darüber hinaus untergraben sie die internationale Unterstützung für Israel in einer Zeit, in der diese am dringendsten benötigt wird. Infolgedessen sieht sich Israel nun einem diplomatischen Tsunami gegenüber, auch von demokratischen Verbündeten, die nach dem 7. Oktober und angesichts der iranischen Bedrohung zu Israel gehalten haben. Mitglieder Ihrer Regierung, die sich einer Sprache der Aufstachelung bedienen, untergraben die Stellung Israels als nationale Heimat des jüdischen Volkes und schwächen jüdische Gemeinden in einer Zeit, in der wir mit einer Welle antisemitischer und antizionistischer Hassbekundungen konfrontiert sind. Sie untergraben all unsere Bemühungen, die Verbindung künftiger Generationen von Juden zu Israel zu stärken. Und doch scheinen sie damit ungestraft davonzukommen.

Als ehemalige, gegenwärtige und zukünftige Führer jüdischer Gemeinden schweigen wir nicht angesichts der externen Bedrohungen Israels, aber wir werden auch nicht schweigen, wenn wir glauben, dass die Politik der israelischen Regierung falsch ist und die Widerstandsfähigkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit sowohl Israels als auch des weltweiten Judentums gefährdet.

Wir werden uns zunehmend zu Wort melden und andere in unseren Gemeinden, einschließlich der Führer großer Organisationen, dazu auffordern, dasselbe zu tun. Dazu gehört auch, dass wir die Gemeinden und Organisationen, mit denen wir verbunden sind, dazu auffordern, Mitglieder und Koalitionsparteien, die sich einer Sprache wie der oben zitierten bedienen, als *persona non grata* in unseren Gemeinden zu behandeln. Wir lehnen Handlungen und Äußerungen ab, die eine Beleidigung unserer Geschichte, unserer Werte und Traditionen, der Unabhängigkeitserklärung Israels und der Rechtsstaatlichkeit darstellen.

Wir werden weiterhin solidarisch mit den Bürgern Israels stehen, die mit überwältigender Mehrheit ein Ende dieses Krieges und die Rückkehr der 50 Geiseln, lebendig oder tot, die noch immer von der Hamas festgehalten werden, wünschen. Jüngste Daten deuten auch darauf hin, dass eine Mehrheit der Israelis bereit ist, im Rahmen eines regionalen Normalisierungsprozesses einen sicheren Frieden mit den Palästinensern anzustreben, und wir sind bereit, alle israelischen Bemühungen in dieser Richtung zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Mit 4000 Unterschriften auf 62 Seiten

<https://drive.google.com/file/d/1uzRUBWly7oxJ8fKRgJOhhN-2XtKXeAIQ/view>